

## Wir brauchen positive Arbeit

### Schädliche Machtpolitik

Die Zustimmung einer Minderheit der deutschnationalen Fraktion zu dem verfassungändernden Eisenbahngesetz hatte die Hoffnung erweckt, dass auch die Opposition bereit sei, eine aufbauende Politik im Rahmen des gegenwärtigen Staates zu betreiben. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Die Kundgebungen der deutschnationalen Organisationen im Lande laufen einmütig darauf hinaus, dass die Neinsager recht gehabt hätten. Gleichzeitig aber fordern diese Resolutionen, dass die Deutschnationale Partei die Führung der Regierungsgeschäfte übernehme. Das wird als notwendig bezeichnet, um ein für allemal der Erfüllungspolitik ein Ende zu bereiten. Man sollte annehmen, dass mit diesen Erklärungen der Streit darüber abgeschlossen ist, ob es möglich sei, die Regierungsgrundlage durch Heranziehung der Deutschnationalen zu verbreitern. Unter den gegebenen Verhältnissen würde diese Verbreiterung nichts anderes sein als eine Kapitulation vor den deutschnationalen Machtpolitikern in einem Augenblick, in dem sie selbst ihre Unfähigkeit zu jeder positiven Politik in Plakatlern dokumentiert haben. Selbst eine ehrlichere Führung hätte es nicht vermocht, den am 4. Mai unter dem Zeichen Poincarés zusammengetrommelten Heerhaufen geschlossen in den Dienst der Staatsnotwendigkeiten zu stellen. Aber die deutschnationale Führung hat nicht einmal den Versuch dazu gemacht. Sie hat unter Trompetenschmetter bis zum letzten Augenblick die Fahne der Unentwegtheit geschwenkt und hat dann, ohne jeden Übergang, einen Umfall vollzogen. Man kann es verstehen, dass diese Handlungsweise geradezu katastrophal bei der Anhängerschaft gewirkt hat. An dieser Stelle ist im Laufe der letzten Monate oft genug darauf hingewiesen worden, dass die Verwüstung jeder Autorität und aller Rechtsbegriffe, die aus agitatorischen Gründen von der sogenannten nationalen Opposition betrieben wurde, an dem Tage auf sie zurückfallen werde, wo ein Wahlerfolg sie in die Lage versetze, ihre Versprechungen in Einklang mit den politischen Wirklichkeiten zu bringen. Hätten die Deutschnationalen ein wenig an die Verantwortung gedacht, die sie eines Tages mittragen sollen, so wäre ihre Fraktion vielleicht nicht 105 Mann stark geworden, aber die geringere Zahl hätte eine grössere Macht verkörpert als heute, wo jede Schwankung durch den Tross der Mitläufer behindert wird.

### Wozu der Kriegsschuld-Streit?

Die Deutschnationalen sind die Gefangenen ihrer Wahlversprechungen. Wenn sie einigermaßen ihre Anhängerschaft behalten wollen, müssen sie — wider besseres Wissen — eine Politik des Neinsagens und des Besserwissens fortsetzen, obwohl die Voraussetzungen dieser Politik zum guten Teil weggefallen sind. Schon rüsten sich Politiker, die im Zeichen der Maiwahlen Unterschlupf bei den Rechten suchten, den festgefahrenen Karren zu verlassen und mehr nach der Mitte hin Anschluss zu suchen. Das parteipolitische Treiben ist bereits im Abschwinden. Je mehr die Deutschnationalen unter dem Zwang der selbstgeschaffenen Bindungen sich isolieren, desto stärker wird der Rückstrom nach der Mitte sein. Ihre Inflationsgewinne bei den Maiwahlen schmelzen hin an der Sonne der Stabilisierung.

Die Hoffnung, es werde gelingen, durch Hervorhebung der Kriegsschuldfrage die schöne Zeit aussenpolitischer Entspannung und innenpolitischer Fieberhitze zurückzuführen, wird sich nicht erfüllen. Zwar hat die Reichsregierung sich zu der öffentlichen Ankündigung bewegen lassen, dass sie ihre Erklärung über die Nichtigkeit des sogenannten „Kriegsschuld-amerkenntnisses“ den auswärtigen Regierungen notifizieren werde. Aber diese Ankündigung hat so sichtbar ungünstig gewirkt, dass es unverantwortlich wäre, wenn das Auswärtige Amt nicht alles täte, um zu verhindern, dass auf Kosten der internationalen Stellung des Deutschen Reiches innenpolitische Manöver verübt werden.

Die Ankündigung ist den auswärtigen Regierungen naturgemäss zur Kenntnis gekommen. Wenn Poincaré noch am Ruder wäre, hätte er die Gelegenheit benutzt, Dutzende von Reden und Noten loszulassen, um wieder einmal die Kriegsalmosphäre heraufzubeschwören, die auf beiden Seiten den Gewaltpolitikern Lebensluft ist. Statt dessen hat der englische Ministerpräsident in seiner grossen Rede in Genf davon gesprochen, dass das Urteil über diese Fragen erst in fünfzig Jahren von solchen Menschen erfolgen könnte, die selbst nicht an Kriege beteiligt gewesen seien. Und auch der französische Ministerpräsident hat darauf verzichtet, die Kriegsschuldfrage in antidemokratischem Sinne aufzurollen.

### Gefahren, die man vermeiden muss

Die beiden Staatsmänner haben gleichzeitig bekundet, dass dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund keinerlei Hindernisse bereitet werden sollen. Damit war ausgesprochen, dass die leitenden Staatsmänner der Entente nicht mehr daran denken, „ein Mitglied der Völkergemeinschaft zum Verbrecher an der Menschheit“ zu stempeln. Was soll darüber hinaus durch eine deutsche Note erreicht werden? Soll Deutschland sich absichtlich mit vollem Bewusstsein eine schwere diplomatische Niederlage zuziehen? Soll anstatt einer feierlichen Aufnahme in den Kreis gleichberechtigter Völker erneut das Stichwort zu einer Weltpropaganda gegen Deutschland gegeben werden? Deutschland ist die Politik der Selbstisolierung vor und nach dem Krieg so ausgezeichnet bekommen, dass unbedingt etwas gegen die „Gefahr“ geschehen muss, dass wir aus der Einkreisung herauskommen.

Dass eine Behandlung der Kriegsschuldfrage von Regierung zu Regierung von deutschen Standpunkt aus geradezu unerwünscht ist, hat der Göttinger Historiker Wilhelm Mommsen,

ein Enkel des grossen Geschichtsschreibers, in der „Vossischen Zeitung“ überzeugend nachgewiesen. Er schilderte die seit Jahren betriebene Arbeit, durch wissenschaftlich einwandfreie Methoden die Kriegsschuldfrage zu bekämpfen. Gerade diese Behandlung der Frage hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Immer stärker haben auch Angehörige neutraler oder ehemals feindlicher Nationen sich an dieser Arbeit beteiligt, und im ganzen kann man feststellen, dass sie zwar langsam, aber doch ständig zugunsten Deutschlands wirkt, dass sie dazu dient, die vergiftete Atmosphäre zu beseitigen und zum mindesten Verständnis für den deutschen Standpunkt und damit für Deutschlands Haltung überhaupt auch ausserhalb der deutschen Grenzen in immer stärkerem Masse zu erreichen. Tritt an Stelle dieser Methode, die nicht mit rasch entwerteten Papierschlagworten arbeitet, sondern mit Argumenten, die einen dauernden „Goldwert“ in sich tragen, die politische Behandlung auf dem Wege amtlicher Erklärungen und Gegenerklärungen, so wird die ganze Diskussion zurückgeworfen auf das Niveau von 1919. Die deutschnationale Aktion, der die Regierung bis jetzt leider nicht mit der nötigen Entschiedenheit entgegengetreten ist, bedeutet also nicht nur eine Erschwerung der aussenpolitischen Lage des Deutschen Reichs und eine Gefährdung der in London erzielten Ergebnisse und Aussichten, sondern auch eine skrupellose Preisgabe der unschätzbaren moralischen Errungenschaften, die durch die sachliche Behandlung der Kriegsschuldfrage bereits erzielt waren.

### Mahnungen der Auslandsdeutschen

Dass die Politik der grossen Worte allmählich in ihrer Hohlheit durchschaut wird, zeigt die Tatsache, dass jetzt das führende Organ des deutschen Ballentums, die „Rigische Rundschau“, in schärfster Form der Annäherung einzelner Gruppen entgegentritt, als allein echte Vertreter des deutschen Volkes zu gelten. Die Abrechnung, die kein geringerer als Paul Schiemann, der Vorkämpfer des deutschen Ballentums, mit den Rechtsradikalen vornimmt,

hat prinzipielle Bedeutung und verdient die weiteste Verbreitung. Wir geben deshalb die Hauptstellen im Wortlaut wieder:

„Ganz allgemein ist das Auslandsdeutschtum daran interessiert, dass die deutsche Nation in dem Unglück, das ihr Vaterland betroffen hat, die rechte nationale Würde bewahre. Die politische Stellung des einzelnen ist hierbei ziemlich unwesentlich. Wesentlich ist das nationale Solidaritätsgefühl, das über die politischen Scheidungen hinaus verknüpft. Nie darf dem national empfindenden Auslandsdeut-



Rufus C. Dawes

Bruder des berühmten gewordenen Unehmers des „Dawes-Plans“, persönlicher Berater Youngs

sehen eine Richtung genehm sein, die die nationale Grenze beim politischen Bekenntnis zieht und jeden für einen undeutschen Schurken erklärt, der sich den Weg zum Wiederaufbau seines Staates anders zurechtgelegt hat als diejenigen, die den Ehrennamen des Patrioten für sich allein in Anspruch nehmen. Nie kann vor allem der Auslandsdeutsche es billigen, wenn die völkische Bewegung innenpolitische Erfolge erringt und der Welt gegenüber die Zerissenheit des Deutschlands krass in den Vordergrund rückt. Die Dolchstoßlegende, verbunden mit der Selbstspiegelung, als sei nur ein Teil des deutschen Volkes an dem Zusammenbruch des Reiches schuldig, stellen ein unwürdiges Spiel dar. Es hat noch nie eine Revolution gegeben, an der die von der Herrschaft Gestürzten nicht die Hauptschuld getragen hätten. Die Schuld an der russischen Februar-Revolution trug der Zarismus, an der bolschewistischen Oktober-Revolution — Kerenski, die Revolution selbst ist eine Elementargewalt, die keine Verantwortlichkeit kennt. Es ist unzulässig, das Bild für Deutschland dahin zu verschieben, als ob die herrschende Gewalt eine Musterordnung geboten hätte, während die Revolutionäre ein blühendes Staatswesen in den Abgrund stürzten. Durch eine Revolution wird immer etwas Neues geschaffen, womit natürlich nicht gesagt ist, dass das, was die Revolution an seine Stelle setzt, immer etwas Gesundes und Lebensfähiges darstelle. Das kann erst die geschichtliche Fortentwicklung erweisen.

### Was die Völkischen nicht begreifen

„Und wenn nun das Auslandsdeutschtum einen Vergleich zwischen dem alten schwarz-weiss-roten Deutschland und der schwarz-rot-goldenen Republik ziehen soll, so kann gar nicht der geringste Zweifel daran bestehen, dass erst „der neue Kurs“ überhaupt ein Verständnis für das Wesen des Auslandsdeutschtums geschaffen hat. Dass erst das neue Deutschland erkannt hat, dass Nationalität nicht ein Begriff der politischen Staatenzugehörigkeit, sondern eine Tatsache der Kultur und Rasse ist. Ueber diesen einschneidenden Umchwung in der Auffassung der deutschen republikanischen Regierung im Gegensatz zu der der Vergangenheit konnte man auf dem Kongresse der deutschen Minderheiten aus fast allen Ländern sehr instruktive Mitteilungen hören.

„Und was nun die Propaganda der grossdeutschen Idee und das Eintreten der rechtsnationalen Parteien für die deutschen Minderheiten anlangt, so ist uns an scharfen Worten nichts gelegen, wenn sie



Owen D. Young, der provisorische Generalagent der deutschen Reparationszahlungen